



## **Bundestag muss Gabriels EEG-Gesetzentwurf nachbessern und Industriesubventionen zurückfahren**

Bundestag muss Gabriels EEG-Gesetzentwurf nachbessern und Industriesubventionen zurückfahren  
Berlin: "Festzuhalten ist, dass der breite Protest gegen ein Ausbremsen der Energiewende durchaus Erfolge erzielen konnte", sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zum heutigen Kabinettsbeschluss für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). So hätten die Bundesländer die Bedingungen für die Windenergie leicht verbessern können. An der grundsätzlichen Beschränkung des Ausbaus erneuerbarer Energien hingegen werde leider festgehalten. Ob sich eine dezentrale umweltfreundliche Energieversorgung in Deutschland endgültig durchsetze oder ob die bisherige zentralistische Struktur gestärkt werde sei weiter offen, sagte Weiger. "Gabriels EEG-Gesetz gefährdet den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Bürger vor Ort. Zudem droht das EEG ein Instrument der Industriesubventionierung zu werden, indem es Sonderprivilegien für energieintensive Unternehmen beibehält. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, beide Fehlsteuerungen zu korrigieren", sagte der BUND-Vorsitzende. Die Abgeordneten müssten außerdem dafür sorgen, dass keine inakzeptablen Hürden zur Finanzierung von Erneuerbare-Energien-Anlagen errichtet würden, sagte Weiger. "Es darf keinen Zwang zur Direktvermarktung von selbst erzeugtem Strom geben. Der automatische Übergang zu einem Ausschreibungsmodell für Erneuerbare-Energien-Anlagen muss ebenfalls ausgeschlossen werden. Beides würde kleinere private Investoren abschrecken", so Weiger. Wer die Strompreise für Verbraucher wirklich senken wolle, dürfe den Ausbau erneuerbarer Energien nicht behindern, sondern müsse die Kosten der Energiewende gerechter verteilen. Dazu müsse vor allem die Privilegierung energieintensiver Unternehmen beendet werden, forderte der BUND-Vorsitzende. Gabriels Gesetzentwurf habe hier eine große Lücke. "Die bisher bekannt gewordenen Details der Einigung mit der EU-Kommission über Ausnahmen für energieintensive Unternehmen haben mit der versprochenen Beschneidung dieser ungerechten Subventionen nichts mehr zu tun", sagte Weiger. Nachteilig sei außerdem die weiterhin geplante Deckelung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Den Erfordernissen des Klimaschutzes werde ein gebremster Ausbau der erneuerbaren Energien nicht gerecht.

### **Pressekontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

thorben.becker@bund.net bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, Fax: 030-27586-440, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

### **Firmenkontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

thorben.becker@bund.net bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, Fax: 030-27586-440, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.